

Resolution des „Tu was, Hamburg!“- Kinder- und Jugendhilfegipfels

verabschiedet am 3. Mai 2024

Die aktuelle gesellschaftliche Lage ist geprägt von einer dramatischen Verschärfung sozialer Ungleichheit, welche sich auch auf die Kinder- und Jugendhilfe auswirkt. Die Budgets für Jugendhilfe, Bildung und Soziales stehen unter dem Druck von Schuldenbremse, Inflation und steigenden Ausgaben für militärische Aufrüstung. Finanzminister Christian Lindner forderte im Februar 2024 ein mehrjähriges Einfrieren der Sozialausgaben und Subventionen, um mehr in das Militär investieren zu können. So sollen etwa die Kita-Investitionsprogramme für 2025 gestrichen werden, obwohl im Bundesgebiet mehrere hunderttausend Kita-Plätze fehlen. Wir lehnen diese *„sozialpolitische Zeitenwende“* (C. Butterwege) ab!

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Armut und soziale Ungleichheit stehen dem jedoch vielfach entgegen. Die Armutsgefährdungsquote von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist in Deutschland in Familien, die von auskömmlichen Einkommen und Bildungszugängen ausgeschlossen werden, dramatisch hoch. Mehr als jedes fünfte Kind (21,8 %) ist in Deutschland laut dem Paritätischen Armutsbericht 2024 betroffen. In Hamburg ist die Armutsgefährdungsquote für unter 18-Jährige mit 26,3 % im Vergleich zum Vorjahr (21,0 %) sogar noch höher.

Die konkreten Auswirkungen dieser Situation hat die AG §78 Altona jüngst in dem Offenen Brief *„Hungrige Besucher*innen - Armut in Hamburger Familien“* geschildert und an den Landesjugendhilfeausschuss und die Sozialbehörde adressiert. Darin wird auf den hohen Bedarf an Essensversorgung in Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugend-

arbeit und auf die zusätzliche finanzielle sowie organisatorische Mehrbelastung hingewiesen. Die Kolleg*innen stellen fest, dass sie an ihre personellen und finanziellen Grenzen gelangen und fordern die Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen.

Dies gilt für alle Bereiche der Kinder- und Jugendhilfe: von der Offenen Kinder- und Jugendarbeit über die pädagogische Betreuung in Kindertageseinrichtungen, bei der Familienförderung bis hin zum Kinder- und Jugendnotdienst und den Allgemeinen Sozialen Diensten. Die Bedingungen in diesen Arbeitsfeldern sind vielfach geprägt durch Überlastung, Fachkräfte- und Stellenmangel, starke Personalfuktuation und hohen Krankenstand, strukturelle Unterfinanzierung, mangelnde Beteiligungsmöglichkeiten an einer kindorientierten Jugendhilfeplanung, fremdbestimmte Arbeitsverdichtung, übermäßigen Kontrolldruck und eine inhaltliche Ausrichtung auf Effizienz und Anpassung.

So ist es kaum noch möglich, wirksam zur Verhinderung, Lösung oder zumindest Minderung der sozialen Probleme von Kindern, Jugendlichen, jungen Menschen und Familien beizutragen. Doch eine gut ausgebaute und verlässlich finanzierte soziale Infrastruktur für Kinder, Jugendliche und Familien sowie eine gemeinwesenorientierte Soziale Arbeit sind grundlegend für die Umsetzung der Kinder- und Jugendrechte, für eine gelingende Inklusion und die Weiterentwicklung einer demokratischen Gesellschaft! Denn die Freiheit frei zu sein bedeutet, zuallererst, *„nicht nur von Furcht, sondern auch von Not frei zu sein“* (Hannah Arendt).

Bitte wenden!



Unterstützt von:



Verband Kinder- und Jugendarbeit Hamburg e.V.
Fachverband für die Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen



LAG Kindheit und Jugend
DIE LINKE Hamburg



Forderungen:

Wir setzen uns für die Realisierung einer Sozialen Arbeit ein, die im Sinne ihrer weltweit anerkannten Definition durch die *International Federation of Social Workers (IFSW)* auf den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit, Menschenrechte, gemeinsamer Verantwortung und Achtung der Vielfalt fußt.

Von Bundesregierung, dem Hamburger Senat und weiteren politisch Verantwortlichen fordern wir:

- Investitionen in den Sozialstaat statt für Militarisierung!
- Keine versteckten oder direkten Kürzungen in der Kinder- und Jugendhilfe!
- Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Bekämpfung von Kinderarmut und jugendlicher Wohnungslosigkeit als vordringliche Maßnahmen!
- Die Aufnahme der Kinderrechte gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in das Grundgesetz!
- Ein Verbot von freiheitsentziehenden Maßnahmen und geschlossener Unterbringung in der Jugendhilfe!
- Mehr offene, inklusive, barrierefreie und niedrigschwellige Zugänge zu pädagogischen und sozialen Einrichtungen und Institutionen!
- Den Ausbau der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der Jugendsozialarbeit, insbesondere in Gebieten mit sehr wenigen Einrichtungen oder in denen viele Menschen in Armut leben! Der Personalmindeststandard muss zwei Vollzeitstellen betragen und die drastische Unterfinanzierung der Angebote der Offenen Arbeit muss überwunden werden!
- Mindestens eine Verdopplung des entsprechenden Etats in Hamburg von derzeit 30 Mio. EUR auf 60 Mio. EUR und zusätzlich eine kontinuierliche Anpassung weiterer Mehrbedarfe!
- Die Umsetzung des gesetzlich verankerten Rechts auf Beteiligung (SGB VIII § 8 und § 4a) von Kindern und Jugendlichen an der Jugendhilfeplanung z.B. durch die Einrichtung von Kinder- und Jugendbeiräten mit Verfügungsrechten über eigene Budgets in allen Bezirken!
- Die Stärkung und den Ausbau von unabhängigen Beratungseinrichtungen wie Ombudsstellen!
- Eine angemessene Ausbildungsvergütung und die faire Bezahlung von Honorarkräften!
- Die Einführung des Zeugnisverweigerungsrechts in der Sozialen Arbeit!
- Die Einführung einer 35-Stunden-Woche in der Sozialarbeit mit höherem Einstiegsgehalt und die Mitnahme der Einstufung bei neuen Arbeitsverträgen!

An die Kolleg*innen und die Verbände

Wir rufen alle Kolleg*innen dazu auf, sich gemeinsam (fach-)politisch für diese Forderungen stark zu machen. Vernetzen und organisieren wir uns, damit es nicht zur Individualisierung von Ressourcenengpässen kommt, denn es handelt sich hierbei um ein strukturelles Problem. Für die Durchsetzung unserer Forderungen braucht es einen öffentlichen Diskurs über die Bedeutung der verschiedenen Arbeitsbereiche der Kinder- und Jugendhilfe und die negativen Folgen der Unterfinanzierung für Mitarbeitende und Nutzer*innen, aber auch gesamtgesellschaftlich.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten (fach-)politisch aktiv zu sein, z.B. durch die Beteiligung an Gremien, die Unterstützung gewerkschaftlicher Kämpfe oder die Beteiligung an (selbstorganisierten) Interessensvertretungen. Dort können diese Forderungen thematisiert und Veränderungen durchgesetzt wer-

den. Unterstützen wir gemeinsam die Forderungen der verschiedenen Arbeitsbereiche! Lernen wir voneinander, um mit vereinten Kräften noch besser in Verhandlungen gehen zu können – ohne uns dabei gegeneinander ausspielen zu lassen.

Der Kinder- und Jugendhilfegipfel soll Auftakt weiterer Aktivitäten sein, um diese Forderungen zu verwirklichen sowie die Vernetzung und Weiterentwicklung des Handlungsfeldes der Kinder- und Jugendhilfe voranzubringen.

Wir rufen alle Menschen in Hamburg dazu auf, sich mit uns und den oben genannten Forderungen zu solidarisieren und sich mit für ihre Umsetzung zu engagieren!

Wir ermutigen alle dazu, sich kritisch über die bevorstehenden Bezirksversammlungs- und EU-Parlamentswahlen am 9. Juni zu informieren, nach Möglichkeit daran zu beteiligen und der AfD und anderen rechten Kräften keine Chance zu geben – für eine solidarische Entwicklung der Gesellschaft!